

Der Fall Wirecard wird bereits mit den größten Schurkenstücken der Wirtschaftsgeschichte verglichen. Der Zahlungsdienstleister aus Aschheim bei München musste Ende Juli einräumen, dass 1,9 Milliarden Euro in der Bilanz nie vorhanden waren. Zum Krimi wurde der Fall aber erst dadurch, dass sich Privatdetektive, Wirecard-Manager, Banker und Hedgefondsmanager sowie die deutsche Bundesanstalt für Finanzaufsicht schützend vor den Star im Dax stellten – und aggressiv gegen Journalisten und Informanten vorgingen.

Fraser Perring veröffentlichte bereits im Februar 2016 einen 100seitigen Bericht über Bilanzfälschungen von Wirecard. Perring ist Leerverkäufer (englisch Shortseller). Er scannt Unternehmensbilanzen nach Ungereimtheiten, leiht sich bei Banken Aktien der Unternehmen, um auf sinkende Aktienkurse zu setzen. Im Anschluss werden die Bilanzfälschungen veröffentlicht, die Aktien weiterverkauft, und die Kursdifferenz eingestrichen. Leerverkäufer arbeiten klandestin, denn schnell bieten Konzerne große Anwaltskanzleien auf. Perring nannte den Bericht »Zaterra-Report«. Zu lesen gab es eine Zusammenstellung von Fakten, die belegen, dass Wirecard seit Jahren die großen Kreditkartennetze von Visa und Mastercard getäuscht hatte, um Zahlungen US-amerikanischer Onlineglücksspieler abzuwickeln. Nicht ohne Folgen. Die Wirecard-Aktie stürzte schlagartig um 25 Prozent ab. Es folgten Unterlassungserklärungen und Klagen wegen Marktmanipulation – vorneweg von der deutschen Finanzaufsicht. Im Gespräch mit *junge Welt* erklärte Perring: »Ich rief bei der Bafin an und sagte: Mein Name ist Fraser Perring, und ich möchte Ihnen helfen, die Geldwäsche-Untersuchungen bei Wirecard zu verfolgen. Wissen Sie, was diese dummen Idioten gesagt haben? Wir sind nicht interessiert an Betrug, sondern an Ihnen, Mr. Perring! Wie absurd! Es ist, als ob man einen Bankraub der Polizei meldet, und dafür von den Behörden angeklagt wird!« Die Bafin stellte sich wie eine Wand vor Wirecard. Alle Anschuldigungen prallten in Frankfurt ab. Statt dessen verhängte die Behörde im Februar 2019 ein Leerverkaufsverbot für Wirecard-Aktien. Die Händler waren empört. Perring dazu gegenüber *jW*:



Abgang bei Wirecard: Wenn Shortseller auf sinkende Kurse setzen, ist bald einpacken angesagt

Die Marktberainer

Leerverkäufer decken Bilanzfälschungen auf. Dabei profitieren sie von Wetten auf sinkende Unternehmenswerte. **Von Simon Zeise**

»Auf dem Höhepunkt des Wirecard-Skandals war ich mit 13 Millionen Euro im Minus.« Seine »Kollegin« Fahmi Quadir erklärte in einem offenen Brief an die Short-Selling-Abteilung der Bafin: »In meinem Fonds Saffhet Capital führen wir über Hunderte und sogar Tausende von Stunden investigativer Prüfungen durch, um qualvolle und unangenehme Fragen zu beantworten. Unsere Arbeit ist kostspielig, präzise und kann oft dazu führen, dass eine tiefe Kluft zwischen der öffentlichen Darstellung eines Unternehmens und seiner Realität aufgedeckt wird.«

Perring, der bereits das nächste deutsche Unternehmen, den IT-Leasing-Konzern Grenke, das Fürchten lehrt, ließ nicht locker. Er baute seine Recherchen aus. »Wirecard gab an, mit Uber zu kooperieren. Ich fragte bei Uber

nach, und sie fragten: Wirecard, wer ist das?«

Viele Investoren hatten darauf gesetzt, dass ein deutscher Finanzdienstleister mit der übermächtigen Konkurrenz aus den USA schritthalten könnte. Eine Finanzblase wurde geschaffen, die nicht platzen durfte, denn zu viele Spekulanten hatten ihre Finger im Spiel. Der Aktienpreis stieg um sechs Prozent, nachdem sie angekündigt hatten, ihr Geschäft in Singapur auszubauen. »Was Wirecard gemacht hat?« fragte Perring im *jW*-Gespräch. Sie verkauften ihren kontaktlosen Bezahlendienst an eine Nudelbar in Singapur. Ich meine, wollen die mich verarschen? Der Marktpreis von Wirecard belief sich zu dem Zeitpunkt auf 24 Milliarden Euro.«

Heute ist das Unternehmen keinen Pfifferling mehr wert. »Asche zu Asche

in Aschheim«, lautete eine Schlagzeile des *Handelsblatts* im August. Warum es eines britischen Shortseller zur Aufklärung des Finanzskandals bedurfte, kann sich Perring ganz simpel erklären. Die hiesige Wirtschaftsjournalistin wollte beim Aufstieg mitmischen: »Offensichtlich können sie beim Schreiben für ein Kursziel von 24 Milliarden Euro mehr verdienen als beim Schreiben für ein Kursziel von null.« Er fragte sich nur, warum in Deutschland von »Short-Attacken« gegen Wirecard, Grenke und Co. gesprochen werde. »Das setzt voraus, es handle sich um Opfer. Aber wer ist das Opfer, bei einer Firma, die betrügt? Es ist nicht der Shortseller. Die Manager lieben das Wort Attacke, weil es bedeutet, dass sie die Opfer sind. Sie sind es aber nicht. Sie sind die Täter.«

Hintergrund Grenke, der nächste auf Perrings Liste

Nachdem Leerverkäufer Fraser Perring den Finanzdienstleister Wirecard zu Fall gebracht hat, steht nun das IT-Leasing-Unternehmen Grenke auf seinem Speiseplan. Am 14. September erhob Perring erstmals Vorwürfe. Bei der weltweiten Expansion von Grenke durch den Kauf von Dutzenden Unternehmen handele es sich um ein »betrügerisches Programm«. Entweder würden Falschgeldzahlungen verschleiert oder Millionen von Euro an nahe-stehende Unternehmen gelenkt, oder sogar beides. Und hoppla, sogar die deutschen Behörden erwachen aus ihrem Dornröschenschlaf. Die Geldwäscheinheit des Zolls (FIU) geht den Vorwürfen nach. Wie aus einer Antwort des Finanzministeriums auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) hervorgeht, habe die FIU »unverzüglich eine vertiefte Analyseoperation aufgenommen«, berichtete das *Handelsblatt* am Montag. Paus ist beinahe verblüfft, ob der plötzlichen Munterkeit der Beamten. »Im Fall Grenke geht auf einmal alles ganz schnell: Was bei Wirecard 1,5 Jahre nicht möglich war, nämlich dass die Bafin selbst das Verfahren an sich zieht, geht hier in wenigen Tagen«, sagte sie der Wirtschaftszeitung. Der Wert der Grenke-Aktie hat sich seit Bekanntwerden von Perrings Vorwürfen halbiert. Am Montag gab der Konzern plötzlich Entwarnung: Die Bilanzprüfungsgesellschaft KPMG habe attestiert, dass 98 Prozent aller Zahlungen belegt werden konnten. Die Aktie schnellte um 23 Prozent in die Höhe. Mal sehen, was Perring dazu sagt.

(SZ)

»Es ist ein klarer Interessenkonflikt vorhanden«

Finanzaufsicht in Deutschland ist eng mit Konzernen verbunden. **Ein Gespräch mit Carola Rinker**

Wirecard hatte Luftbuchungen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro getätigt. Ein Betrag, der nicht mal eben so in der Sofaritze verlorengeht. Hätte der Fall verhindert werden können?

Verhindert nicht, aber er hätte früher aufgedeckt werden können. Es gibt einen grundsätzlichen Anreiz zu manipulieren. Wie man bei Wirecard sieht, stehen Bilanzfälschungen zudem oft im Zusammenhang mit anderen Rechtsverstößen, wie zum Beispiel Geldwäsche.

Welche Kontrollinstanz hat am tiefsten geschlafen? Die staatlichen Stellen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bafin, das Finanzministerium oder das Prüfunternehmen



Carola Rinker ist auf Bilanzmanipulationen spezialisierte Unternehmensberaterin

Ernst & Young?

Offensichtlich haben sehr viele Behörden geschlafen. Der Wirtschaftsprüfer hat ein sogenanntes Testat erteilt. Das ist ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk. Darauf verlassen sich wiederum viele andere Institutionen. Es gibt eine Art Bilanzpolizei: die Deutsche Prüfungsstelle für Rechnungslegung, DPR, die auch Anlassprüfungen durchführen

kann. Das Problem ist jedoch, dass die DPR personell nicht besonders stark aufgestellt ist. Das nächste Thema ist die Zuständigkeit: Wirecard wurde als Technologiekonzern eingeordnet, deshalb war die DPR und nicht die Bafin zuständig. Schließlich gibt es mit der Abschlussprüferaufsichtsstelle, Apas, noch eine weitere staatliche Institution. Es herrschte ein totales Wirrwarr.

Wirtschaftsprüfer werden dafür bezahlt, die Bilanzen von Unternehmen zu prüfen. Entsteht hieraus nicht ein Interessenkonflikt?

Gerade wenn es Unternehmen nicht so gut geht und sie attraktiv aussehen wollen, ist der Anreiz, die Bilanz aufzuhübschen, besonders groß. In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation wächst die Versuchung, schließlich sind während der Coronapandemie Überprüfungen nur eingeschränkt möglich. Wir haben in der Tat das Grundproblem, dass Prüfer von Unternehmen für ihre Tätigkeit bezahlt werden. Wenn der Prüfer zu kritisch ist, kann das Unternehmen drohen, ihn auszutauschen. Da die Prüfer bei Wirecard offenbar nicht genau genug hingeschaut haben, bedarf es auch hier dringend einer Reform. Diese sollte unter anderem die Haftungsgrenzen der Wirtschaftsprüfer erhöhen. Diese liegt derzeit nämlich nur bei vier Millionen Euro.

Der Betrug bei Wirecard wurde von Shortsellern und Journalisten

aufgedeckt. Die Bafin ging gegen diese mit Klagen vor, verpennte aber den Skandal. Wie bewerten Sie die Regulierung in Deutschland?

Im Moment ist die Anzahl der Skandale groß. Erst in der vergangenen Woche konnte man über die sogenannten Finzen-Files lesen. Es zeigt, dass vieles schief läuft. Durch den Fall Wirecard hat der deutsche Finanzmarkt erheblich an Vertrauen eingebüßt. Das Interesse der ausländischen Medien war sehr groß. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass so ein Skandal in Deutschland möglich ist, wo die Behörden alles streng regeln. Es gab konkrete Vorwürfe, die hätten aufgegriffen werden müssen. Statt dessen sind die Journalisten von staatlicher Seite unter Druck gesetzt worden. Und Wirecard wurde vor Leerverkäufern geschützt. Der Fall zeigt, dass Behörden schneller auf Kritik aus der Presse reagieren müssen. Viele hatten große Hoffnungen in Wirecard gesetzt. Sie wünschten sich,

dass Deutschland mit einem digital aufgestellten Unternehmen mit Konzernen in anderen Ländern mithalten könnte.

Sind die bestehenden Regeln zur Regulierung der Finanzmärkte streng genug, oder braucht es neue Gesetze?

Es braucht neue Regeln. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass die DPR als privater Verein organisiert ist und deren Präsident Edgar Ernst in den Aufsichtsräten großer Konzerne wie TUI oder Metro sitzt. Da ist ein klarer Interessenkonflikt vorhanden. Bilanzkontrollen sollten von staatlicher Seite stattfinden. Außerdem sollte vorgeschrieben werden, dass der Aufsichtsrat des zu prüfenden Unternehmens in die Prüfung einbezogen, bzw. überhaupt informiert wird – das ist bisher nicht der Fall. Das gleiche gilt auch für die Mitwirkung bei einer Stichprobenprüfung einer Bilanzpolizei: Derzeit ist hier die Mitwirkung der Unternehmen freiwillig. **Interview: Simon Zeise**